

Saale-Zeitung.

Siebenundzwanzigster Jahrgang.

Anzeigen

werden die Spalte oder deren Raum mit 20 Pfg. ...

Erscheint wöchentlich zweifach; Sonntag und Montag einmal, sonst zweimal täglich.

(Der Nachdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.)

Bezugspreis

für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei 2-wöchiger Bezahlung 2,75 M., durch die Post 3 M., ...

Für die Redaktion verantwortlich: Hans Paulus in Halle.

(Fernsprechverbindung mit Berlin, Leipzig, Magdeburg etc.)

Nr. 454.

Halle a. d. Saale, Mittwoch den 27. September

1893.

Die Deutsche Ausstellung in Berlin.

Es war ein schöner Plan, in Berlin eine allgemeine Weltausstellung zu veranstalten, und es giebt trotz Capriotti und ...

Die Berliner Weltausstellung ist tot, es lebe die deutsche Gewerbeausstellung! Am Jahre 1879 fand in Berlin jene Gewerbeausstellung statt, die der Reichshauptstadt den ...

wie beispielsweise demjenigen des Österricher Generaldirektors Haarmann, war unter Verwerfung der Weltausstellungsidea ...

dem Kaiser Wilhelm von dem Kaiser Franz Josef durch herliche Umarmung und wiederholten Händedruck sich verabschiedet hatte, ...

Der König von Sachsen und Prinz Leopold von Bayern sind am Montag um 12 1/2 Uhr nachts in Wiesgrad eingetroffen ...

Informationen.

R. Berlin, 26. Sept. Die „Berl. Polit. Nachr.“ haben kürzlich in einer so auffälligen Weise einer Strafverfolgung ...

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

Berlin, 26. Sept. Wie aus Wien gemeldet wird, hielt Kaiser Wilhelm heute im Lainzer Tiergarten eine Jagd ab, welche bis 1 Uhr dauerte und wobei 6 Hühner und ...

Die Frauenfrage in Deutschland.

Von Gustav Dahms.

Die Frauenfrage, deren Bedeutung früher nur von wenigen erleuchteten Geistern verstanden und gewürdigt wurde, ist heute durch die bittere Noth längst zu einer breitenbenutzten ...

Die Zahl der ledigen Frauen ist bei uns von Jahr zu Jahr in fast beängstigender Weise gewachsen. Ueberwiegt das weibliche Geschlecht heute bereits der Zahl nach das männliche ...

Wes eine Abminderung von der Größe des Elends hat, das sich hinter diesen Zahlen verbirgt, der wird den Ernst der Frauenbewegung begreifen und sich hüten, die einst so beliebten ...

Schärfe über die verküppelte Welt der Emancipation zu wiederholen.

Die Frauenbewegung unserer Zeit ist somit nicht nur eine sehr ernste Angelegenheit, sie ist im vollsten Sinne des Wortes eine Kulturfrage, die nachgerade seinen denkenden Mann ...

Bisher standen den Frauen nur wenige praktische Dienste offen, während die geistigen ausschließlich den Männern vorbehalten waren. Welchen die Frauen aber weis, so muß es unbillig erscheinen, ihnen die geistige Ausbildung zu verweigern ...

bald Ziegler-Sträßburg, welche heute schon als Schriftstellerinnen und Gelehrte, auf industriellen Gebieten oder wo sonst immer Hervorragendes geleistet, haben weit mehr getan, als mit ihnen auf gleiches Niveau zu stellenden Männern, ...

Neben dieser bedauerlichen und aus mancherlei Gründen bedenklichen Erwerbsbeschränkung der unverheirateten bietet auch die Stellung der verheirateten Frau bei uns mit Recht Grund zur Klage. Während in England, in Amerika, in ...

gegenüber den wohlfeilen Scherzen, mit denen in gewissen Tagesblättern ein so hochwürdiges Gegenstand wie die Frauenfrage in Deutschland noch immer lächerlich gemacht und ...

„Die einzelnen Frauen,“ sagt Prof. Theodor ...

„Berliner Frauenbildungsreform in Weimar“ neuerdings sehr ...

währt die Treupflicht des Angestellten. Dagegen kann es niemandem verneint werden, Erkenntnis und Erfahrungen nach dem Austritt aus seiner Stellung zur Verwertung zu bringen, sei es demnach der Druck der Geheimhaltung bereits zur Zeit des Anstellungsvertrages, z. B. durch Anknüpfung von Verbindungen zu einem Konkurrenten, eingeleitet und vorbereitet wurde.

### Der Depeschenwechsel zwischen dem Kaiser und Fürst Bismarck.

In der heutigen Morgenausgabe konnten wir bereits den Wortlaut der vielbesprochenen Depeschen, welche zwischen dem Kaiser und dem Fürsten Bismarck ausgetauscht sind, mitteilen. Es ist sehr erfreulich, daß die Veröffentlichung endlich erfolgte. Einmal wird dadurch ein ungelöstes meist falsches Versehen über den Inhalt der Depeschen ein Ziel gesetzt, und sodann ergeben alle, welche ein aufrichtiges, freigesagtes Interesse an der persönlichen Annäherung zwischen dem Monarchen und seinem früheren Kanzler haben, — und das ist wohl nahezu das gesamte deutsche Volk — zu ihrer großen Genugtuung, daß die Annäherung von beiden Seiten in einer so überaus herzlichen Weise erfolgt ist, daß man von einer vollen Versöhnung schon jetzt sprechen darf, und daß letztere auch durch andere Vorgänge (eine Begegnung und dergl.) sicher demnächst noch bezeugt und erhärtet werden wird. Auch über die Entkränkung Bismarcks, über welche neuerdings ein wahrer Schwalm von Gerüchten umzugehen begann, sind wir nun im Reinen: das Leben war notwendig Art, und alle Meldungen von einer Augenentzündung und einem Schlaganfall sind nur mehr sinnlos. Daß die Annäherung zwischen dem Kaiser und Bismarck politische Konsequenzen haben werde, glauben wir nach wie vor nicht. An die Kaiserin ist Ant demt gewiß Fürst Bismarck nicht im entferntesten, und für Hinterproppeln ist sein großer Charakter und seine große Vergangenheit ein unübersteigliches Hindernis. Es hieß die Lösung, die man immer großen nationalen Staatsmännern schuldig, verlassen, wenn man von ihm vorantretende wollte, daß er sich in unbestimmter und verdeckter Weise in die Beratung der Krone einzumischen versuche könne. Dagegen sind politische Situationen nicht denkbar, in welchen es unseren jetzigen Staatsleitern von Wert sein könnte, den Rath des Mitregierenden des Reiches zu hören, und man wird und darf allgemein froh darüber sein, daß einem solchen Appell an den Patriotismus und das Genie des Altreichskanzlers nun keine Hindernisse mehr entgegenstehen.

### Zu den deutsch-russischen Verhandlungen.

Im Reichsamt des Innern fand am Dienstag vormittag eine Besprechung der an den Verhandlungen über den deutsch-russischen Handelsvertrag beteiligten Ressortchefs und Beamten des Reiches und Preussens statt. Bei den Verhandlungen selbst wird der Staatssekretär des Reichsamts des Innern, Staatsminister v. Böttcher, den Vorsitz führen. Es ist selbstverständlich, daß über die Verhandlungen des Zollbereichs sowohl wie über die eigentlichen Verhandlungen der Kommissare Geheimhaltung proklamirt werden wird. — Die russischen Delegirten zur Zoll-Konferenz sind am Dienstag mitung von Petersburg nach Berlin abgereist. In sehr heftiger Weise spricht sich gegen eine deutsch-russischen Handelsvertrag in der „Kreuz-Ztg.“ nachdem es „nachdem wirtschaftliche Gründe“ demgegenüber aus. Nachdem zum so und so vielen male behauptet ist, daß ein solcher Handelsvertrag das Ende der Landwirtschaft sein würde, heißt es zum Schluß:

Alle diese Erörterungen werden ja den Ansichten der maßgebenden Kreise nicht ändern. Erst wenn die Landwirthe von Grundbesitzern und Häckern im Wege der Zwangsvollstreckung von Zins und Hof vertrieben sind, wenn die Landbesitzer bei den Wahlen in erbitterter Opposition gegen die Regierung steht, wenn eine Unmenge monarchischer Kapitalisten, wie es in Jahrzehnten nicht vorkommen werden kann, gerufen ist, wenn durch den Krieg, dessen Ausbruch die russische Revolution zum Sturmwind über die Fürzen brandt, dann wird vielleicht mündem Vertreter der Krone der Gebante kommen, ob es wünschbar war, die Landwirtschaft in ihren Grundbesitzern zu erquickeln. Dann aber wird es heißen: Zu spät!

Selbst die „Kreuz-Ztg.“ muß zugeben, daß es zum Theil „harte Anblicke“ sind, die hier gebracht werden. Aber andere ihr zugegangene Zuschriften schlingen einen noch „viel lebhafteren“ Ton an. Dann sagt die „Kreuz-Ztg.“ weiter: „An maßgebender Stelle möge man diese Stimmen der Landwirtschaftlichen

Kreise wohl beachten. Sind sie bei den Verhandlungen mit Ausland kein Gehör, so wird eine weitere Bitterkeit und Entfremdung weiter Greifen, welche bisher die zuverlässigste Stütze der Regierungen waren, die Folge sein. Unter diesem Gesichtspunkte gewinnt die Frage des deutsch-russischen Handelsvertrages neben der wirtschaftlichen eine eminent politische Bedeutung.“ — Wir glauben, daß es um die Regierung und um den Gang der Politik in Preußen viel besser bestellt sein wird, wenn sie sich der Kränkungs-„Stützen“ erst einmal nicht mehr zu „erkennen“ hat.

### Zu den Reichssteuer-Projekten.

Ueber die Tabakfabriksteuer hören die „Berl. Pol. Nachr.“ noch, daß insbesondere Vorzüge getroffen ist, daß die kleinen Betriebe durch die Steuer weder bedrückt noch in ihrer freien Bewegung infolge lästiger Kontrolle gekemmt werden. Es soll nämlich in der Absicht liegen, die Steuer für die kleinen Tabak- und Cigarrenprojekten zu pauschaliren auf Grund des aus deren Wägen ermittelten jährlichen Konfabrikationsquantums.

### Antisemitisches.

Die „deutsche Reformpartei“ hielt am Sonntag in Warburg einen Parteitag ab, auf dem Dr. Bödel über Parteizucht und Partioorganisation sprach und die unbedingte Unterordnung unter die Vereinnahmung als Prinzip aufstellte. Bödel erklärte, die Reformpartei wolle eine Befreiung der Verhältnisse des Mittelalters und fasse daher die Judenfrage nur im Rahmen der sozialen Frage an, ohne sie als Sonderfrage zu reiten. Ein Zusammengehen mit den Christlich-Sozialen, die nur eine Spielart der Konservativen seien, sei ausgeschlossen, ebenso mit den Deutsch-Sozialen. Eine größere Debatte fand statt über einen Antrag des magdeburger Reformvereins, sich künftig in Wort und Schrift aller Angriffe auf die übrigen Abgeordneten — d. h. Abgeordnete der anderen antisemitischen Richtungen — zu enthalten. Abg. Mernmann wandte sich gegen diesen Antrag; das Verhalten der deutsch-sozialen Partei fordere zur Abwehr auf und mache ein ferneres Zusammengehen unmöglich. Man dürfe sich nicht vor den Karren aller Parteien spannen lassen, sondern müsse eine selbständige Partei bilden und dürfe mit den alten Parteien nur auf dem Boden der Gleichberechtigung verhandeln. Weiter war auch gegen ein Zusammengehen mit der antisemitischen Vereinigung für Norddeutschland, weil nach den ihm zugegangenen Informationen dort ein Zusammengehen sowohl der Deutsch-Sozialen wie auch mit Dr. Bödel oder Biermann zurückgewiesen worden sei. Galtwirth v. Bodel-Perlman forderte im Anschluß an letztere Mitteilung den Vorstand der Reformpartei an, nicht ohne weiteres Berlin der „Antisemitischen Vereinigung für Norddeutschland“ zu überlassen. v. Misch-Berlin erklärte darauf, die antisemitische Vereinigung stehe im allgemeinen auf dem Boden der Reformpartei, man möge den Dingen in Berlin ihre naturgemäße Entwicklung und der Vereinigung das Arbeitsfeld in Norddeutschland lassen. Werner-Berlin erklärte dazu, die Vereinigung werde ihre Abgeordneten verpflichten, der Reformpartei mindestens als Hospitanten beizutreten. Schließlich wurde der Antrag in der Form der Betonung der Einigkeit der Reformpartei angenommen, ferner ein Antrag Bödel, der auspricht, daß die deutsche Reformpartei eine eigene selbständige Partei ist, die in ganz Deutschland ihre Agitation zu entfalten gesehe, sich ohne Rücksicht auf andere Parteien, welche sie sich nennen, wie sie wollen.“ Der Parteitag nahm auch Stellung zu den Steuerprojekten, aber nur durch eine sehr allgemein gehaltene Resolution, welche sich zwar gegen eine Verabschlusung des arbeitenden Volkes ausspricht, aber keineswegs die augenblicklich behandelten Steuerprojekte zurückweist.

### Verschiedene Mittheilungen.

\* In seiner am 23. d. in Berlin abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung hat sich der Verein deutscher Schiffbauingenieurwesen einstimmig gegen die von der Reichsregierung beabsichtigte staatliche Neubewachung des Schiffbaues ausgesprochen. Der Verein war der Ansicht, daß diese Neubewachung den Betrieb und die weitere Entwicklung der Schiffbauingenieurwesen außerordentlich erschweren, nur zum Nachtheil der Schiffbauingenieure ebenso der Industrie anschlagen und die Interessen selber in der Konkurrenz mit dem Ausland ernstlich gefährden würde.

\* Ein Trunkfugts-Geschehnt soll der „Voss. Ztg.“ zufolge dem Reichstage in der nächsten Session vorgehen. Der letzte Trunkfugts-Geschehnt hat bekanntlich eine fast ausnahmslose Verurteilung erfahren.

schlechtes in den letzten fünfzig Jahren erworben haben. Etwas Besseres muß es unter allen Umständen für die Frau haben, wenn sie in Krantheiten ihres Geschlechtes gezwungen wird, sich einem Manne anzuvertrauen. Die Forderung des weiblichen Arztes für die weibliche Hälfte der Menschheit ist daher aus Gründen der Gerechtigkeit und der Gerechtigkeit durchaus berechtigt und zeitgemäß. Letzteres um so mehr, als die Frauen ihre Beschäftigung zu diesem Berufe nicht bloß als Krankenpflegerinnen und Gesundheitsfürsorgenden, sondern auch als praktische Ärztinnen, namentlich in Amerika und in England, seit geraumer Zeit überzeugend nachzuweisen haben. Heute gibt es fast in der ganzen Welt weibliche Ärzte; in Amerika deren allein 3000, von denen 500 in den Vereinigten Staaten ihren Beruf praktisch ausüben und 70 als Klinikvorsteherinnen, 95 als Professorinnen tätig sind; in London praktiziren 70, in Paris 11, in Genf 10 u. s. w. Und trotz dieser großen Zahl von Ärztinnen hat noch kein tüchtiger und fähiger Arzt sich vor der Konkurrenz zu fürchten gehabt.

Daß die Ärztinnen ihrem Beruf zufolge in der Regel unverheiratet bleiben werden, dürfte am Ende in Deutschland noch weniger verfallen als im Auslande; denn unter den fünf Millionen Frauen, die ja doch unter den heutigen unnormalen Verhältnissen bei uns kein Heim oder Haus finden und unverheiratet bleiben müssen, wird es sicherlich jederzeit ein paar hundert geben, begabt und auch fröhlich genug, um den ärztlichen Beruf zu studieren und praktisch auszuüben. Der einzige beachtenswerthe Einwand, den man bisher in Deutschland gegen das Frauenstudium noch erheben konnte, war der Mangel an der nötigen Vorbildung. Nicht Recht betont Rudolf Sneyd, daß „den Frauen zufolge das Niveau der Universitäten nicht herabgesetzt werden kann.“ Währen muß den Mädchen die Gelegenheit zu derselben gründlichen Vorbildung gegeben werden wie den Jünglingen, und das Allerwichtigste ist daher für die nächste Zeit eine massenhafte Änderung unseres Unterrichtswesens. Daß der Staat diese Änderung in nächster Zeit ausführen werde, ist leider schwerlich zu erwarten. So muß denn die Gesellschaft die Wege ebnen und in gleicher Weise,

\* In Mexiko ist es, wie briefliche Nachrichten entgegen den ankündigten Meldungen belagen, doch nicht gelungen, den Sultana Melli von Mexiko am Atlantischen zu verladen; vielmehr ist dieser bei der Entladung seiner bursartigen Ladung mit seinen Mannschaften entkommen. Man hofft allerdings, daß Melli nach der Berichtigung seiner Burs wegen Verhaftung des deutschen Gesandtes und der Karabinier zurückgeführt wird. Zudem hat man an der Stelle, wo seine Burs stand, Befestigungen errichtet.

\* Wie verschiedentlich gemeldet wird, hat eine Kommune aus dem nach § 30 des Einkommensteuergesetzes vom 24. Juni 1891 einem Centium auferlegten Strafzuschlag von 25 Proz der veranlagten Steuer einen Kommunalzuschlag in Höhe von 100 Proz erhoben. In der Kommission des Reichstages wurde die Frage an die Regierungskammer gestellt, ob ein solcher Zuschlag gestattet sei. Es wurde darauf geantwortet, daß der einen Reichsbeschluß darstellende Zuschlag von 25 Proz nicht zur Kommunalsteuer herangezogen werden dürfe.

\* Der Anschlag zur Brüning der Reichskasse in den von Hochwasser gefährdeten besonders bedrohten Stromgebieten vor dem Wintereinbruch zusammenzutreten und hat am Dienstag seine Beratungen beendet. Mitwoge soll die Verlegung der unteren Ober erfolgen.

\* Gegen den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten und Stadtvorordneten Zubeil, sowie gegen andere Gewerkschaftsführer haben nach Meldung eines Berichterstatters die Berliner Arbeiter- und Instrumentenarbeiter eine Untersuchungskommission eingesetzt. Es sind gegen die bethe. Persönlichkeiten die öffentliche Versammlung der Arbeitervereinigungen erhoben worden, doch deren weiteres öffentliches Auftreten, wenn sich die Angaben durch die Untersuchung als wahr herausstellen sollten, unmöglich gemacht würde.

\* Der Züricher internationale Sozialistenkongress schließt, wie man der „Reff. Ztg.“ schreibt, mit einem Defizit. Die Hauptausgaben betragen: 1700 Frs. für den Besatz, 1600 Frs. für die Besuche, 1600 Frs. für den Zentralkongress, 700 Frs. für die Besuche, 400 Frs. für Dekorationen, 600 Frs. für Porto und Lieberungen. Eine Reihe von Arbeitern haben die Kosten getragen, die sie am Unzuge tragen, noch nicht bezahlt. Das Defizit beträgt etwa 1000 Frs., das die drei schweizerischen Arbeitervereinigungen, Gewerkschaften und Sozialdemokratische Partei zu begleichen haben. Die Züricher Arbeitervereinigungen sind bereit, das Defizit zu begleichen, was eine weitere Last einen Beitrag zu den Kosten leistete. Vor allem sei zu hoffen, daß die reiche sozialdemokratische Partei helfend beizutrage. 1000 Frs. seien für die deutsche Partei so viel, wie 10 Franken für die schweizerischen Arbeiter.

\* Nach einer neuesten Befragung durch der Unterrichts an einer, und von ihnen behauptet ein Klagen der Volksschule kann nicht, eine Reihe von übertragungen werden. Der Lehrer zum Militär einberufen worden ist. In solchen Fällen sind die Ferien zu verlängern oder die Schule ist anderweitig zu vertreten.

\* Als Landeshauptmann von Polen ist der bisherige Oberpräsident von Dziembowski vom Kaiser bestätigt worden.

\* Dr. Weber, der frühere Landesdirektor der Provinz Westpreußen, hat seine Gehaltsanwartschaft abgetreten und wird seinen Aufenthalt in Berlin nehmen.

### Die Wahlbewegung.

Einem Wahlkampf zwischen den Parteien werden wir demnächst schon haben, aber die Regierung wird in denselben durch Abwesenheit glücken. Eines ihrer Organe hat zwar neulich den Parteien richtig zugerufen, es sei ihre Pflicht, den Wähler über ihre politischen Absichten aufzuklären. Aber davon, daß die Regierung selbst sich dieser Pflicht ebenfalls bewußt sei, merkt man nicht das mindeste. Man hört nur, daß die Regierung, was man ihr kaum übel nehmen kann, den Wunsch hat, daß es im Abgeordnetenhaus in der Hauptsache beim Alten bleibe. Sie giebt sich ihrer Zustimmung darüber hin, daß die am 1. April 1895 in Kraft tretenden Steuerreformgesetze „zunächst nicht als Wohlthat, sondern als Plage“ empfunden werden und deshalb möglichst, im kritischen Moment die Parteien an ihrer Seite zu haben, die mit ihr das Verbleiben, oder wenn man will, die Schuld an diesen Gesetzen tragen. Wenn da von Parteien, die in „vertrauensvollem Zusammenwirken mit der Staatsregierung“ diese Gesetze geschaffen haben, die Rede ist, so könnte man meinen, die Regierung gebe das Centrum, welches des Wohlgehees wegen gegen die Gesetze gestimmt hat, vollständig preis. Daran wird man aber irre, wenn man neuerdings Betrachtungen darüber liest, ob die Regierung „in der nächsten Session“ ein Volkskongress wie das Jedigkeit von neuem vorzulegen beabsichtige. Nun, das Abgeordnetenhaus wird ja für fünf Jahre gewählt; was in der nächsten Session nicht geschieht, kann in den vier folgenden geschehen.

wie es in anderen Ländern geschehen ist, aus eigener Kraft und eigenen Mitteln diejenige Unterrichtsgegenstände für die weibliche Jugend schaffen, die sie zur höchsten Ausbildung und zur Aufnahmefähigkeit an der Förderung der menschlichen Kultur befähigt!

Erreichte Anfänge an einer solchen Umgestaltung des Unterrichtswezens, der notwendigen Vorbereitung für das Frauenstudium, sind auch bei uns schon mehrfach zu verzeichnen: im Jahre 1890 wurden in Berlin, im Wesen für je einen Kulturfortschritt warm interessierten Kaiserin Friedrich, die von Fräulein Helene Lange eingerichteten „Klassen für Frauen“ eröffnet, welche die in höheren Mädchenschulen vorbereiteten Jünglinge zur Meisterprüfung an einer schweizerischen Universität vorbereiten; ähnliche Kulturen wurden sodann von Frau Dr. Baum in Danzig errichtet; am 11. September dieses Jahres ist das vom weimarer Verein „Frauenbildungsreform“ begründete Mädchen-Gymnasium in Karlsruhe ins Leben getreten. In Berlin endlich wird Mitte Oktober unter Leitung von Fräulein Helene Lange eine Gymnasialklasse für erwachsene Mädchen unter dem Titel „Berliner Gymnasialklasse für Mädchen und Frauen“ eröffnet werden, eine Anstalt, die sich reger Sympathie in Gelehrten- und selbst in den Kreisen der Staatsbeamten erfreut, und die in der Hoffnung begründet wird, ihre Schülerinnen bereitet auf deutsche Universitäten entlassen zu können. Daß diese Anstalten in ähnlicher Weise wie im Auslande zunächst als Privatanstalten errichtet werden, ist am Ende kein Nachtheil, sondern im Hinblick auf die dringende Nothwendigkeit einer Reform unseres ganzen Gymnasialunterrichtes vielleicht von überbedeutendem Nutzen.

Sind erst durch die Initiative der Gesellschaft Mädchen-gymnasien in genügender Anzahl auch bei uns geschaffen, so wird der Staat keine Unternehmung und Veranlassung nicht haben, ihnen vorzuziehen und die in solchen Zuständen vorgehenden Mädchen nicht mehr vom geistigen Weltverkehr ausschließen dürfen. Können die Frauen diesen Weltverkehr nicht betreiben, so werden sie ihn aufgeben; sind sie aber in denselben, ihn auszuüben, so wird das nothwendig für die gesamte Menschheit ein hoher Gewinn sein!



Der Restbestand der  
**beim Wolkenbruch durch Wasser**  
 am Saune beschädigten

**Abend- und Theater-Mäntel**

wird von Freitag den 29. September ab in meinen Geschäftsräumen

**Marktplatz 2**

Rathskeller-Neubau, Leipziger- und Märkerstrassen-Ecke

**noch billiger als bisher**

zum Verkauf gestellt. Das Lager ist noch sehr gut sortirt, weshalb ich auf diesen aussergewöhnlich günstigen Gelegenheitskauf hiermit höchst aufmerksam mache.

**Einen grossen Posten hochmoderner prima Angora-Räder,**

**Einen grossen Posten hochmoderner prima Seidenplüsch-Jackets mit seidnem Futter,**

welche ich auf meiner Einkaufsreise sehr preiswerth erworben habe, verkaufe ich ebendasselbst

**weit unter Preis.**

**J. Lewin.**

Halle a. S.

Halle a. S.

Unsere Ausstellung für die  
**Herbst- u. Wintersaison**  
 beginnt Mittwoch Abend 7 Uhr und endet  
 Freitag Abend 9 Uhr.

Der Verkauf beginnt  
**Sonnabend den 30. Septbr.**  
 früh 18 Uhr.

**Doebel & Meisel**

Halle a. S.  
 Grosse Ulrichstrasse 49  
 im „Alten Dessauer“.

**Woldemar Thoss,**  
 Bankgeschäft,  
 Halle a. S., Schulgasse 7.

**Gardinen**

**Portièren,  
 Rouleauxstoffe,  
 Möbelstoffe,  
 Teppiche,  
 Fenster-Friese**

empfiehlt

**H. C. Weddy-Pönicke.**

**Möbelfabrik und Magazin**  
**Bernh. Grunwald, Rathhausgasse 6,**  
 empfiehlt sein großes Lager selbstgefertigter Möbel, Spiegel und Polster-  
 waaren zu billigen Preisen. Durch Erwerbung hoher Ladenmiethe und nur  
 eigene Fabrication bietet ich dem geehrten Publikum in meinen bedeutend  
 vergrößerten Arbeits- und Lagerräumen nur **aus selbstgefertigte Möbel,**  
 sowie permanent aufgestellte **combl. Zimmereinrichtungen** unter jeder  
 gewünschten Garantie zu den denkbar billigsten Preisen.  
**Kein Laden, nur Rathhausgasse 6. Bernh. Grunwald, Tischlermeister.**

**Hermann Arnhold & Co.**

Bank-Commandit-Gesellschaft Halle a. S. Alte Promenade Nr. 3.

**Privat-Tresors (Safe Deposits).**

In unserem neu errichteten feuer- und einbruchsicheren Panzergewölbe halten wir

**Schrank-Fächer**

(sogenannte Safes)

in verschiedenen Grössen, welche unter eigenem Verschluss der Miether stehen, behufs **Aufbe-**  
**wahrung von Werthpapieren, Dokumenten, Edelsteinen, Schmuckgegenständen**  
**u. s. w.** zur Verfügung des Publikums.

Die näheren Bestimmungen über die Vermiethung dieser Schrank-Fächer können an  
 unserer Kasse in Empfang genommen werden.

**Depositengelder** verzinsen wir zu den coulantesten Bedingungen.

Für den Anzeigenthell verantwortlich: B. König in Halle.

Alle Druck und Verlag von Otto Hendel.

Blatt 3 Beilage Nr. 1.

**Corsets.**

Von unserer grossen Auswahl erlauben besonders vortheilhafte Preislagen  
 zu empfehlen, vorzüglicher Sitz und Dauerhaftigkeit garantirt.

Nr. 1120	1230	1340	1450	1650	1879
1,35	1,50	1,75	2,00	2,50	3,00
1980	2120	2230			
3,50	4,00	4,50			

**Ph. Liebenthal & Co.**

Untere Leipziger-Strasse 100.